Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6437**

17. Wahlperiode 05. 07. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/1051 –

Die Friedens- und Konfliktforschung stärken – Deutsche Stiftung Friedensforschung finanziell ausbauen

A. Problem

Die interdisziplinär agierende Friedens- und Konfliktforschung versucht Konflikte zu analysieren, ihre tieferen Quellen freizulegen und Lösungen anzubieten, die eine Friedensperspektive aufzeigen. Die Bundesregierung hat im Jahr 2000 die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) vor allem mit dem Ziel gegründet, die Friedensforschung in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen. Seit dem hat die DSF größere und kleinere Forschungsvorhaben aufgenommen und dafür mehr als 6,37 Mio. Euro bereitgestellt. Jedoch haben sich in den letzten Jahren in allen Forschungsbereichen die Personal- und Sachleistungskosten erhöht, so dass die DSF die Grenzen der Förderhöchstbeträge angehoben hat. Der DSF fehlen indes die zwingend erforderlichen Mehreinnahmen, um alle Satzungsziele in dem gebotenen Maße umzusetzen. Zudem musste die DSF auf Grund dieser prekären Finanzsituation ihre Fördertätigkeit im Bereich der Nachwuchsförderung erheblich reduzieren.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Friedens- und Konfliktforschung vor allem dadurch zu stärken, dass das Stiftungskapital der Deutschen Stiftung für Friedensforschung zunächst um 5 Mio. Euro erhöht wird. Darüber hinaus muss insbesondere zügig eine nachhaltige Lösung zu den finanziellen Problemen bei der Nachwuchsforschung gefunden und die Friedens- und Konfliktforschung noch stärker im deutschen und europäischen Sicherheitsforschungsprogramm verankert werden. Mithin sollen die Forschungsergebnisse noch stärker in die politischen Entscheidungsabläufe mit einfließen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1051.

D. Kosten

Erhöhung des Stiftungskapitals der DSF um 5 Mio. Euro.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/1051 abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2011

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Anette Hübinger
Berichterstatterin

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Krista Sager
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1051** in seiner 65. Sitzung am 7. Oktober 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der SPD führt aus, dass die interdisziplinär agierende Friedens- und Konfliktforschung versuche, Konflikte zu analysieren, ihre tieferen Quellen freizulegen und Lösungen anzubieten, die eine Friedensperspektive aufzeigten. Die Bundesregierung habe im Jahr 2000 die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) vor allem mit dem Ziel gegründet, die Friedensforschung in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen. Seit dem habe die DSF größere und kleinere Forschungsvorhaben aufgenommen und dafür mehr als 6,37 Mio. Euro bereitgestellt. Jedoch hätten sich in den letzten Jahren in allen Forschungsbereichen die Personal- und Sachleistungskosten erhöht, so dass die DSF die Grenzen der Förderhöchstbeträge angehoben habe. Der DSF würden indes die zwingend erforderlichen Mehreinnahmen fehlen, um alle Satzungsziele in dem gebotenen Maße umzusetzen. Ferner sei auf Grund dieser prekären Finanzsituation ihre Fördertätigkeit im Bereich der Nachwuchsförderung erheblich reduziert worden.

Die Bundesregierung sollte daher die Friedens- und Konfliktforschung stärken. Sie wird im Wesentlichen aufgefordert:

– Das Stiftungskapital der DSF in einem ersten Schritt um 5 Mio. Euro zu erhöhen. Dieser Erhöhung müssten weitere folgen, um auch zukünftig eine umfassende Fördermöglichkeit sicherzustellen;

– zügig eine nachhaltige Lösung für die finanziellen Probleme bei der Nachwuchsförderung zu finden;

– ihren Beitrag zu leisten, um Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland auszubauen;

– die Friedens- und Konfliktforschung mehr im deutschen und europäischen Sicherheitsforschungsprogramm zu verankern;

– die Ergebnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung noch stärker in die politischen Entscheidungsabläufe einfließen zu lassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 25. Sitzung am 15. Dezember 2010, der **Verteidigungsausschuss** in seiner 68. Sitzung am 15. Dezember 2010, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** in seiner 30. Sitzung am 26. Januar 2011 sowie der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** in seiner 23. Sitzung am 15. Dezember 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1051 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 29. Sitzung am 26. Januar 2011 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1051 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** trägt vor, dass sie einigen inhaltlichen Ausführungen des vorliegenden Antrags grundsätzlich zustimme. Trotzdem lehne sie ihn aus drei Gründen ab:

1. Das Stiftungskapital sei in den letzen Jahren bereits erhöht worden.

2. Auch außerhalb der DSF würden die Konflikt- und Friedensforschung gefördert, sodass dem gesamten Komplex insgesamt angemessen Rechnung getragen werde.

3. Nach zehnjähriger Existenz der Stiftung solle eine Positionierung im Hinblick auf ihre Rolle und ihre zukünftigen Arbeitsschwerpunkte erfolgen. Auf dieser Grundlage könne man angemessen über notwendige Förderinstrumente entscheiden.

Die **Fraktion der SPD** betont, dass es nicht zuletzt aus forschungs- und wissenschaftspolitischer Sicht lohnenswert sei, die Friedens- und Konfliktforschung auch weiterhin stärker zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen sei man auf fundierte Informationen angewiesen. Auch aus praktischer Hinsicht sei in der Konfliktbearbeitung die Unterstützung der Ausbildung von Menschen zu Mediatoren oder Konfliktberatern von großer Bedeutung.

Das Kapital der Stiftung sei nicht selbstverzehrend und in den letzten fünf Jahren nur mäßig erhöht worden. Um auch weiterhin die Nachwuchsförderung zu gewährleisten und die Projekte der Stiftung realisieren zu können, sei eine Erhöhung notwendig.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bereits im Rahmen der letzten Kapitalaufstockung im Jahr 2007 für eine stärkere Fokussierung von Inhalten und Instrumenten ausgesprochen habe. Es müsse deutlicher hervorgehen, wie

stark die finanziell und politisch unabhängige Stiftung im Bewusstsein der Gesellschaft verankert sei.

Die FDP-Fraktion betont, dass bereits viel in die Stiftung investiert worden sei. Sie sei aber gerne bereit, sich an der Debatte über eine angemesse Förderung der Stiftung zu beteiligen. Sie lehne jedoch eine dauerhafte Subventionierung der Stiftung ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkt zunächst an, dass man Subventionierung und Stiftung nicht in einen Topf werfen dürfe. Es gebe einerseits einen Grundetat der Stiftung und andererseits eine Subventionierung über Projektförderung. Diese nehme jedoch jedes Jahr weiter ab.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur einmaligen Erhöhung des Stiftungskapitals sei ein guter Ansatz. Die Stiftung bedürfe einer verlässlicheren finanziellen Grundlage. Sie habe wertvolle Arbeit für die deutsche Friedensforschung geleistet. In Krisenzeiten habe eine solche Stiftung den Nachteil, weniger Kapitalerträge generieren zu können. Eine Erhöhung des Stiftungskapitals sei aber nicht nur der Krise wegen, sondern auch wegen des höheren Bedarfs an Friedensforschung sinnvoll.

Die Fraktion DIE LINKE. begrüße aber nach wie vor eine stärkere zivile Konfliktlösung. Es sei eine wichtige Leistung der Stiftung, dafür eine solide Wissensbasis bereitzustellen. Wasserknappheit, Klimawandel, soziale Spaltung und Internet würden in den nächsten Jahren verstärkt zu Ursachen von Konflikten.

Die Fraktion DIE LINKE. weist auf den Etat der Sicherheitsforschung des BMBF hin. Er betrage für das Jahr 2011 58 Mio. Euro. Ein Anteil von 5 bis 7 Mio. Euro fließe in die Rüstungsforschung. Vor diesem Hintergrund fordere sie einen Zuschuss von ca. 25 Mio. Euro für die Stiftung, um die bisherigen Projekte weiterzuführen und die Substanz und eine gute Politikberatung zu sichern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt zunächst fest, dass sich die Stiftung seit ihrem Bestehen im Jahr 2000 auf der wissenschaftlichen Ebene bewährt habe. Da die Stiftung ihre Arbeit aus den Erträgen ihres Kapitals finanziere und diese sich nicht so günstig wie gedacht entwickelt hätten, sei die Arbeitsreduzierung eine zwingende Folge dieser Finanzschwäche. Um jedoch die Fortsetzung der guten Arbeit gewährleisten zu können, sollte eine Erhöhung des Kapitals erfolgen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle die Aussage der SPD-Fraktion bekräftigen, dass die Nachhaltigkeit in der Friedensforschung im Wesentlichen dadurch erreicht werde, dass der in der Zukunft benötigte wissenschaftliche Nachwuchs bereits heute ausgebildet werde. Es sei dem Thema angemessen, falls dem Antrag an diesem Tage nicht gefolgt werde, es in den nächsten Haushaltsberatungen erneut aufzugreifen.

Berlin, den 26. Januar 2011

Anette Hübinger Berichterstatterin	**René Röspel** Berichterstatter	**Dr. Martin Neumann (Lausitz)** Berichterstatter
Dr. Petra Sitte Berichterstatterin	**Krista Sager** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333